

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1892

06.01.1892 - Sitzung Nr.1

N^o 1.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 6. Januar 1892.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bitter, C. U.	Michaelis, C. F. W.
Genoch, C. G. sen.	Schlenter, M. W.
Jacobi, Dr. Johs.	Stopfkuchen, F. W.

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Barthausen, Richt. Dr. J. F. W.	Finke, D. H.
Bischoff, H.	Flemming, Johs.

Gottlieb, Christ.

Gronau, Hinr.

Gruner, Th.

Harder, Heinr.

Hegeler, Herm. D.

Huchting, G. W.

Junge, Joh. Herm.

Klinge, Ad.

Kollra, F.

Landwehr, H. W.

Lankau, H.

Sanders, Erich.

Schierenbeck, J.

Bagt jr., J. D.

Wieting, C. F. H.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Erneuerung des Geschäftsvorstandes		2	III. Mittheilung des Senats vom 11. Dezember 1891:		
II. Mittheilung des Senats vom 22. December 1891:			1. Holz- und Fabrikhafen		5
1. Städtisches Museum für Natur-, Völker- und			2. Theer- und Terpentinschuppen am Holz- und		
Handelskunde		2	Fabrikhafen. (N. z. Verh. gef.)		
2. Regulierung von U. L. Frauen Kirchhof		2	IV. Mittheilung des Senats vom 15. Dezember 1891:		
3. Rechnungsabluß des Schlachthofs		3	3. Gas- und Wasserwerke. (N. z. Verh. gef.)		
4. Verbrauchsabgabe		4	V. Mittheilung des Senats vom 1. Dezember 1891:		
5. Erheberhaus in Walle		5	4. Einrichtung eines Polizeidistriktes für den der Stadt		
			angeschlossenen Theil der Dorfschaft Walle.		
			(N. z. Verh. gef.)		
			VI. Mittheilung des Senats vom 30. Juni u. 30. Oktober 1891:		
			5. Freibank. (N. z. Verh. gef.)		

Herr H. Claussen präsidirte.

Eröffnung der Sitzung nach 6 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Herr Präsident eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

Bei der Eröffnung unserer ersten Sitzung im neuen Jahre, meine geehrten Herren, habe ich unserm Gebrauch gemäß Ihnen Allen meine herzlichsten Glückwünsche abzustatten. Möge das Jahr für Sie Alle zu den glücklichen gehören! Die Bürgerschaft hat im Verlauf des letzten Jahres leider durch den Tod eines ihrer hervorragendsten Mitglieder einen Verlust erlitten, den sie noch lange nicht verschmerzen wird. Die Thätigkeit der Bürgerschaft ist im vergangenen Jahre, wenigstens in der ersten Hälfte desselben, eine sehr angestrenzte gewesen. Viele wichtige und zum Theil schwierige Arbeiten sind erledigt worden. Zu diesen gehört namentlich die Neuregelung der Beamtengehälter, die um 335 000 *M.* erhöht worden sind, woran sich auch eine Erhöhung der Senats honorare geschlossen hat. Nach langjährigen Verhandlungen ist endlich der Beschluß über den Bau des Gerichtshauses zu Stande gekommen, für den 2 $\frac{1}{4}$ Millionen bewilligt worden sind. Ferner sind beschlossen: der Umbau des Hafens in Begesack mit einem Kostenaufwande von 560 000 *M.*, Anschaffung eines größeren Eisbrechdampfers für 350 000 *M.*, Ankauf eines Platzes am oberländischen Hafen für 100 000 *M.*, Vergrößerung der Schlachthofanlagen für 177 000 *M.*, Bau einer Schule an der Kantstraße für 245 000 *M.* und am Neustadtwall für 142 000 *M.*, Bau eines Museums, wofür der Staat 400 000 *M.* hergibt, während von anderer Seite ebensoviel dafür gespendet wird. Im Freibezirk, wo der Bau von zwei neuen Durchgangschuppen begonnen hat, ist außerdem der Bau eines 6. Speichers, der 1 300 000 *M.* kosten wird, nothwendig geworden. Ein Theil der Dorfschaften Walle und Gröpelingen ist zur Stadt gezogen; die Kanalisation dieses neuen Stadttheils, mit einem Kostenaufwande von 390 000 *M.*, ist beschlossen. Mit dem Reichsmilitärfiscus ist ein Vertrag über die Vermehrung der Garnison um ein Bataillon vereinbart worden; die hieraus dem Staate erwachsenden Ausgaben für neue Anlagen belaufen sich auf 214 000 *M.*

Andere Beschlüsse, die mehr oder weniger bedeutende Ausgaben zur Folge hatten, betrafen die Korrektur der Oberweser, Umbau eines Baggers, Verlängerung und Verbreiterung von Straßen und Plätzen, einen neuen Vertrag wegen der Gassenreinigung und der Abfuhr; ferner können noch erwähnt werden, die Ertheilung einer Concession zum electrischen Betriebe der Bremen-Horner Pferdebahn, Erhöhung der Hafensabgaben in Bremerhaven, Abänderung des Gesetzes, betreffend Verkoppelungen und Gemeintheilungen, und ein Gesetz, betreffend das Auswandererwesen. Sehr wichtig ist der mit Preußen und Oldenburg abgeschlossene Vertrag wegen Herstellung einer neuen Fahrbahn in der Außenweser; die auf drei Millionen veranschlagten Kosten sollen aus dem für Rechnung der drei Staaten erhobenen Feuer- und Bakengelde bestritten werden.

Die Finanzverhältnisse Bremens haben sich bis Ende des vorigen Rechnungsjahres nicht ungünstig entwickelt; der Staatshaushalt hat am 31. März mit einem Ueberschusse von 595 000 *M.* abgeschlossen; der Reservefond der Ueberschüsse erreichte dadurch die Höhe von 2 869 000 *M.*, wovon 369 000 *M.* dem Separatfond für außerordentliche Verwendungen überwiesen worden sind.

Für das Staatsbudget ist eine neue Art der Aufstellung und Berechnung der Einnahmen und Ausgaben beschlossen worden, wonach sich für das laufende Jahr ein Ueberschuß von 178 000 *M.* ergeben hat, der, wenn er sich verwirklicht, für außerordentliche Schulden Tilgung verwendet werden soll; es wird jedoch dafür wohl nur eine kleinere Summe übrig bleiben.

Aus diesem kurzen Rückblick, meine Herren, ergibt sich, daß Bremen auch im vergangenen Jahr kühn vorgegangen ist und sich nicht gescheut hat, erhebliche finanzielle Lasten auf sich zu nehmen, um die Stellung der Beamten zu verbessern, um der fortwährenden Steigerung der Bedürfnisse zu genügen, um die Erwerbsthätigkeit zu erleichtern und um die allgemeine Bildung zu fördern. Aber noch immer ist das Ende nicht gekommen. Eine bedeutende Erweiterung der Hafenanlagen in Bremerhaven ist schon im Werke, der Neubau einer Bibliothek ist eine beschlossene Sache, und viele andere bedeutende und große Bauten stehen in Aussicht. Eine neue Zeit ist über Bremen gekommen. Der Güter- und Schiffsverkehr hat so große Veränderungen erfahren und einen solchen Umfang gewonnen, daß alle älteren Anstalten und Vorkehrungen für seine Bewältigung nicht mehr ausreichen; um ihn an Bremen zu fesseln, müssen ganz neue Einrichtungen geschaffen werden, von einer Größe und Kostspieligkeit, daß man früher nicht gewagt haben würde, daran zu denken. Ebenso bringt die erhöhte Sorge für die allgemeine Wohlfahrt und Gesundheit der Bevölkerung immer neue Aufgaben, die nicht abgewiesen werden können, so schwer sie auch zu erfüllen sein mögen. Auch die von unseren Vorfahren erbten Gebäude für öffentliche Zwecke reichen für die heutigen Bedürfnisse nicht mehr aus; sie müssen vermehrt oder durch neue, weitere Räume ersetzt werden, die auch den Ansprüchen an ein gediegenes und schönes Aeußere entsprechen sollen. Selbst die Straßen und Plätze werden zu eng, wir müssen jährlich ganz bedeutende Summen aufwenden, um sie zu erweitern und umzugestalten. Die Stadt wird bald für den, welcher etwas zurückdenkt, fast völlig verwandelt erscheinen, gewissermaßen als eine neue, vermehrte, mit vielen Verbesserungen und schönen Illustrationen versehene Ausgabe des alten Bremens. Eine alte Stadt von mäßiger Wohlhabenheit und Steuerkraft von Grund aus umzugestalten, ist ein Unternehmen, das sich nur durch den Zwang der Nothwendigkeit und durch ein festes Vertrauen auf die Zukunft, auf die günstige Fortentwicklung von Handel, Schifffahrt und Gewerbe rechtfertigt. Die großen Hindernisse, die einer gedeihlichen Fortentwicklung wegen der geographischen Lage Bremens entgegenstehen, können aber nur überwunden werden durch die intelligente, angestrenzte Thätigkeit und

den nuthigen Unternehmungsgeist der Bürger Bremens, und unsere Hoffnung ist, daß diese alten, bewährten bremischen Eigenschaften nie nachlassen werden, auch nicht in weniger günstigen Geschäftsjahren, wie leider das vergangene Jahr eines gewesen ist. Hoffentlich werden die neuen Handelsverträge, welche allseitig mit Freuden begrüßt worden sind, von günstigem Einfluß auf die Entwicklung der Erwerbsverhältnisse sein. Möge denn auch im begonnenen Jahre der Friede, für dessen Erhaltung die Reichsregierung nach wie vor das Mögliche thut, nicht gestört werden, möge das neue Jahr für Bremen weitere Fortschritte auf dem Wege zu einer allseitigen kräftigen Entwicklung bringen. (Bravo!)

Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt.

Eingegangen war noch eine Mittheilung des Senats vom 5. Januar, betreffend 1. Finanzbericht für die ersten acht Monate, 2. Versuchstation für die Bearbeitung von Abfuhrstoffen, 3. Verbrauchsabgabe, 4. Nachbewilligung für den Straßenbau, 5. Seefahrtsschule.

Herr Präsident verlas die Mittheilung sub 3 sogleich und theilte mit, daß für diesen Gegenstand die Herren Senator Dr. A. Gröning und Steuerdirektor Dr. Kindervater zu Kommissaren des Senats ernannt worden seien. — Von Herrn Dr. Wiegand sei folgendes Schreiben eingegangen:

Bremen, den 31. December 1891.

Geehrter Herr Präsident!

Zu meinem lebhaften Bedauern sehe ich mich genöthigt, meinen Austritt aus der Bürgerschaft zu erklären. Der Grund meines Entschlusses, auf eine weitere Thätigkeit in der Bürgerschaft zu verzichten, ist, daß mir meine Praxis diejenige Zeit, welche zu einer thätigen Mitwirkung an den Geschäften der Bürgerschaft erforderlich ist, nicht in genügendem Umfange läßt.

Indem ich Sie ergebenst ersuche, von dem Inhalte dieses Briefes der Bürgerschaft Kenntniß geben zu wollen, bleibe ich mit ausgezeichnete Hochachtung Ihr

Dr. H. Wiegand.

Nr. I der Tagesordnung:

Erneuerung des Geschäftsvorstandes.

Herr H. Claussen trat für diesen Gegenstand das Präsidium an Herrn Richter Mohr ab.

Herr Dr. Adami: Es sei ihm von Seiten einer großen Anzahl von Vertretern der angenehme Auftrag geworden, der Bürgerschaft den Antrag zu unterbreiten, den ganzen Geschäftsvorstand, also den Herrn Präsidenten, die Herren Vicepräsidenten und die Herren Schriftführer zu ersuchen, auch im laufenden Jahre sich gütigst weiter der Mühewaltung unterziehen zu wollen, mit verbindlichem Danke für die bisher gehabte Mühe, und erlaube er sich daher zu beantragen, daß wir diese Herren durch Acclamation ersuchen, ihre Plätze wieder einzunehmen und dieselben ohne Weiteres wählen. (Bravo!)

Die Herren Woltjen und Bödecker verzichteten.

Herr Präsident fragte, ob ein Widerspruch gegen den Antrag laut werde. Das sei nicht der Fall. Er erkläre also, daß die Bürgerschaft den Antrag des Herrn Dr. Adami angenommen habe und daß der Herr Präsident, sowie die übrigen Herren des Vorstandes wieder gewählt seien. (Bravo!)

Herr H. Claussen, das Präsidium wieder übernehmend: Er könne nur auf's Neue seinen herzlichen Dank für die Ehre dieser Wiederwahl aussprechen und die Bürgerschaft bitten, ihm ihr Wohlwollen zu erhalten. Er werde sich bemühen, nach Kräften sich desselben würdig zu machen. Er frage, ob die anderen geehrten Herren ebenfalls die Wiederwahl annehmen? (Das geschah.)

Auf Vorschlag des Herrn Präsidenten wurde zunächst in Berathung genommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 22. December 1891:

4. Verbrauchsabgabe.

Hierzu waren die Herren Senator Dr. A. Gröning und Steuerdirektor Dr. Kindervater als Senatskommissare erschienen.

Herr Dr. Adami: Auch die juristische Kommission sei in der unangenehmen Lage gewesen, sich der Kommita annehmen zu müssen und erlaube sich, folgenden Antrag zu stellen:

1. das Komma in Artikel 1, Satz 2, Zeile 8, hinter den Worten „Weferbahnhof“ und „Sicherheitshafen“ zu streichen.
2. daselbst das Wort „oder“ hinter dem Worte „Freibezirke“ der vorhergehenden Zeile zu streichen und durch ein Komma zu ersetzen.
3. in Artikel 2, § 17 a, Zeile 3, hinter „vernichtet“ das Komma zu streichen.

Der Antrag falle im Wesentlichen mit der Bemerkung des Senats zusammen.

Herr Hoffmann für die Steuerdeputation: Da die Anträge des Herrn Dr. Adami bereits die Zustimmung der Herren Senatskommissare gefunden, brauche er sich nicht weiter darüber auszulassen. Im Uebrigen möchte er bitten, dem geänderten Gesetzentwurf zuzustimmen. Die Aenderung sei bedingt durch die Wiederaufhebung des Schweineeinfuhrverbots, die naturgemäß größere Zufuhren in Aussicht stelle. Durch diesen Gesetzentwurf werden dem Handel die nöthigen Erleichterungen gegeben, sich frei bewegen zu können, und auch dem Generalsteueramt werden seine Rechte gewahrt. Er habe dem Bericht nichts weiter hinzuzufügen und beschränke sich darauf, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Herr Scriba: Auf den Gegenstand selbst wolle er nicht eingehen. Ihm scheine der Vorschlag sehr zweckmäßig,

aber mehrere Herren der Bürgerschaft hätten diese Gelegenheit wahrnehmen wollen, den Antrag auf Aufhebung der Konsumtionsabgabe zu stellen. Da ihnen das aber heute Abend nicht gefügt erscheine, werden dieselben diesen Antrag bei der Budgetberathung einbringen.

Der Gesekentwurf wurde mit dem Antrag der juristischen Kommission angenommen.

1. Städtisches Museum für Natur-, Völker- und Handelskunde.

Dieser Gegenstand veranlaßte keine Debatte.

2. Regulirung von H. F. Frauen Kirchhof.

Herr Tebelmann: Er beziehe sich auf den Inhalt des Berichts und bitte die Bürgerschaft, den Antrag der Baudeputation zu genehmigen. Die Sache habe die Bürgerschaft ja schon am 11. Juli dieses Jahres eingehend beschäftigt, und er könne mittheilen, daß der jetzige Bericht im Wesentlichen den Bestimmungen der Bürgerschaft entspreche. In Folge des am 11. Juli von der Bürgerschaft ausgesprochenen Wunsches wegen der Begrenzung des Kirchhofs haben verschiedene Verhandlungen mit den Bauherren der Kirche stattgefunden, und es sei der Deputation gelungen, eine Kompromißlinie festzustellen, womit sich auch die Bürgerschaft jedenfalls einverstanden erklären werde. Weitere Konzessionen habe man von der Kirche nicht erhalten können, und deshalb möchte er bitten, den jetzt vorliegenden Antrag der Baudeputation zu genehmigen.

Herr Dr. Heumann bemerkte, daß die juristische Kommission nichts zu erinnern habe.

Der Antrag der Baudeputation wurde angenommen.

Herr Stichnath: Es sei unmöglich, an seinem Plaze ein Wort zu verstehen, denn so unruhig wie heute sei es noch nie in der Bürgerschaft gewesen.

Auf Antrag des Herrn Woltjen wurde zunächst in Berathung genommen:

Nr. III der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 11. December 1891:

1. Holz- und Fabrikenhafen.

Herr Woltjen: Er möchte nur empfehlen, daß die Bürgerschaft, nachdem die Deputation und auch der Senat der von ihr gegebenen Anregung zugestimmt haben, jetzt den Gegenstand erledige und annehme. Was die Eisgewinnung betreffe, so seien in der Deputation namentlich die Techniker der Meinung gewesen, daß man davon absehen sollte, obgleich Redner noch empfohlen habe, man möchte doch in diesem Jahre es mal versuchen, die Böschungen würden vielleicht nicht darunter leiden. Die Techniker meinten aber, das Erdreich sei noch zu weich, um die Eisgewinnung gestatten zu können.

Der Antrag des Senats wurde angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Mittheilung des Senats vom 22. December 1891:

3. Rechnungsabluß des Schlachthofs.

Die Anträge der Deputation wurden ohne Debatte angenommen.

5. Erheberhaus in Walle.

Herr Debbe: Er wolle heute nur kurz darauf hinweisen, daß die Art, wie hier die Verbrauchsabgabe an der Stadtgrenze erhoben werde, zu den allerschwersten Bedenken Anlaß gebe. Es sei nicht eine einzige Erheberstelle, die nicht in der bequemsten Weise umgangen werden könne, und daß dies geschehe, unterliege wohl keinem Zweifel. Wenn nun aber der Staat theure Einrichtungen treffe, so sollte er sich ein Vorbild an anderen uns naheliegenden Staaten nehmen, die mit der größten Sorgfalt bemüht seien, die Menschen nicht in Versuchung zu bringen, den Staat zu betrügen. (Sehr richtig!) Wie es jetzt sei, biete der Staat dazu geradezu die bequemste Gelegenheit, und er übernehme damit eine hohe moralische Verantwortung. Es werde heute weiter nichts beantragt, als die Miete für ein provisorisches Gebäude, für provisorische Einrichtungen zu bewilligen, und die Bürgerschaft werde wohl kaum umhin können, diese geringe Summe zu bewilligen. Sie schließe glücklicherweise noch nicht ein eine Erklärung über die Errichtung eines neuen Einnehmerhauses, und er glaube, die Bürgerschaft sollte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, diese ganze Steuerfrage einmal im Kreise einer Kommission eingehend zu prüfen. (Bravo!) Wir würden damit ja auch den Wünschen der Herren begegnen, die die Frage geprüft sehen möchten, ob die Verbrauchsabgabe nicht überhaupt abzuschaffen sei. (Sehr richtig!) Das Einnehmerhaus in Walle an der Uthbremerstraße biete uns eine Illustration, in welchem Verhältniß eigentlich Einnahmen und Ausgaben zu einander stehen. Dort solle ein neues Gebäude für 27 000 M. errichtet werden. Es seien zwei Beamte nöthig, die zusammen etwa 4000 M. Gehalt bekommen, und die ganze Einnahme, die an dieser, einer der lebhaftesten und größten Straßen, erhoben werde, betrage 12 968 M. 70 S. So war es im vorigen Jahre, und die Verbrauchsabgabe, die die meiste Arbeit biete und die größten Bedenken hervorrufe, brachte im vorigen Jahre an dieser Stelle überhaupt nur 1758 M. 10 S. (Hört, hört!) Das stehe doch zu den nöthigen Aufwendungen im denkbar schlechtesten Verhältniß. Es werde nicht lange dauern, so werde der Antrag auf Bewilligung von 27 000 M. für das neue Gebäude an die Bürgerschaft kommen. Er wolle heute anzeigen, daß er dann, unterstützt von mehreren Freunden, den Antrag stellen werde, eine Kommission niederzusetzen, die diese ganze Angelegenheit einer Berathung unterziehe. (Bravo!)

Herr Präsident fragte, welchen Auftrag die Kommission bekommen solle.

Herr Debbe: Er stelle den Antrag, eine Kommission von 9 Mitgliedern niederzusetzen mit dem Kommissorium, die Frage zu prüfen, ob die Erhebung unserer indirekten Verbrauchssteuern und Weggelder an den Stadtgrenzen nicht einer gründlichen Reform bedürfe.

Die Motivirung liege in seinem Vortrage. Er habe darauf hingewiesen, daß die Einrichtungen im höchsten Grade unvollkommen seien, daß sie auf die allerbequemste Weise Defraudanten zulasse, und daß die Kosten in gar keinem Verhältnisse zu den Einnahmen stehen.

Herr Ordemann: Er könne sich dem Antrage des Herrn Debbe nur voll und ganz anschließen. Was ihn veranlasse, zu dieser Angelegenheit das Wort zu nehmen, sei, daß die Einrichtungskosten des Büreaus geradezu erstaunlich hoch angelegt seien, namentlich wenn man berücksichtige, daß ein Bureau in dem jetzigen Erheberhause schon bestehe und die alten Möbel nach dem provisorischen Bureau nur übergeführt zu werden brauchen. Wenn das Bureau ganz neu eingerichtet werden müßte, und es sich jetzt um die Bewilligung für ein neues Gebäude handelte, so ließe sich die Aufwendung der verlangten Summe wohl erklären; jetzt aber für die Einrichtung eines provisorischen Büreaus 850 *M.* aufzuwenden, das erscheine ihm ganz eigenthümlich. Er möchte beantragen,

daß die Bürgerschaft ihren Beschluß über diesen Antrag der Steuerdeputation aussehe und denselben zunächst der Budgetkommission zur Prüfung überweise.

Herr Hoffmann: Nach der schwachen Unterstützung, welche der Antrag des Herrn Ordemann gefunden, glaube er nicht, daß die Bürgerschaft denselben acceptiren werde, sodas er nicht weiter darauf einzugehen brauche. Er bedaure nur, daß eine so unbedeutende Vorlage wie diese, welche geboten sei, weil in Folge der Straßenregulirung das neue Erheberhaus nicht an dem Plage gebaut werden könne, wo es projektirt war, daß diese unvermeidliche Sache den Anlaß gebe, mit der beantragten Bewilligung die Verbrauchsabgabe zu verquicken. Er finde es viel korrekter, so zu verfahren, wie Herr Scriba angekündigt habe, nämlich bei der Budgetberathung einen Antrag auf Abschaffung der Verbrauchsabgabe einzubringen. Welche Stellung Redner zu dieser Frage einnehme, sei gleichgültig, er wisse aber sehr wohl, daß viele Mitglieder der Bürgerschaft die Verbrauchsabgabe gern abgeschafft sehen möchten. Soviel er wisse, hätten schon verschiedene Kommissionsberathungen darüber stattgefunden, und es sei ein negatives Resultat daraus hervorgegangen. Er wolle diese Frage jetzt nicht weiter erörtern, sondern nur die Bürgerschaft ersuchen, die beantragten 850 *M.* zu bewilligen, damit die Erhebung der Abgabe regelmäßig vor sich gehen könne. Es sei schon öfter der Zweifel erhoben worden, ob die Verbrauchsabgabe wohl regelmäßig eingehe. Der Zweifel möge berechtigt sein; andererseits seien aber bezügliche Vorschläge der Steuerdeputation auf Widerstand gestoßen. Es sei ein absolutes Erforderniß, solange das Gesetz bestehe, daß die Steuer regelmäßig erhoben werde. Dazu gehören aber

die nöthigen Beamten, und man dürfe mit der Anstellung solcher nicht knickern. Man sollte hier nicht nebensächliche Dinge, wie das Vorliegende, mit einer wichtigen Frage vermengen, sondern diese generell prüfen, wie Herr Scriba zu beantragen beabsichtige. Er bitte deshalb, auch den Antrag des Herrn Debbe abzulehnen und heute nicht eine Kommission niederzusetzen, sondern bei der Budgetberathung darüber zu beschließen, ob eine Kommission ernannt werden solle oder nicht.

Herr Bodecker beantragte
Schluß der Debatte.

Herr Sudbring stellte für den Fall, daß der Antrag des Herrn Debbe auf Niedersetzung einer Kommission angenommen werde, den Antrag,

diese Kommission zu beauftragen, auch darüber zu berathen, ob sich die Aufhebung der Verbrauchsabgabe nicht empfehle.

Herr Ordemann: Er möchte, daß der Schluß noch nicht beliebt werde, weil der Rechnungsführer Herr Hoffmann sich nicht darüber geäußert habe, wo die alten Möbel bleiben sollen, ob dieselben nicht in dem provisorisch zu errichtenden Bureau verwendet werden können. Gegen die Höhe der Miete von 400 *M.*, welche er für gering halte, habe er nichts einzuwenden. Er müsse es aber als eine Verschwendung bezeichnen, wenn die alten Möbel nicht nach dem neuen Lokal hinübergeschafft und für andere 850 *M.* ausgegeben werden sollen.

Herr Bodecker: Er sei ein entschiedener Gegner der Verbrauchsabgabe; aber er müsse Herrn Hoffmann darin Recht geben, daß diese Frage heute nicht hierher gehöre. Sie gehöre zur Berathung des Budgets, und dahin gehöre seiner Ansicht nach auch der Antrag des Herrn Debbe auf Niedersetzung einer Kommission. Er möchte deshalb bitten, diesen Antrag heute nicht anzunehmen, sondern die 850 *M.* nach dem Antrage der Steuerdeputation einfach zu bewilligen.

Herr Scriba: Er wünsche aufs Lebhafteste, daß die Debatte über diesen Gegenstand noch fortgesetzt werde, damit gezeigt werde, wie sehr diese Frage unsere Bevölkerung beschäftige. Er habe gewünscht, daß dieselbe bis zur Budgetberathung zurückgestellt würde, da Herr Debbe sie aber einmal angeregt habe, so bitte er, die Debatte fortzusetzen, damit einige Bemerkungen des Herrn Hoffmann widerlegt werden könnten.

Herr Präsident machte darauf aufmerksam, daß der Antrag des Herrn Debbe nicht dahin gehe, durch eine Kommission untersuchen zu lassen, ob die Verbrauchsabgabe abgeschafft werden sollte. Das sei von Herrn Sudbring beantragt worden.

Herr Kruse ersuchte ebenfalls, den Schluß noch nicht zu belieben und ihm Gelegenheit zu geben, noch einige Worte zu sagen.

Herr Debbe: Er glaube, über den von ihm gestellten Antrag könne die Bürgerschaft sofort abstimmen. Derselbe

habe gar keine prinzipielle Bedeutung, sondern er wolle nur früh genug der Bürgerschaft Gelegenheit geben, sich über die Frage der Erhebung der Steuer zu orientiren, damit wenn der Antrag auf Bewilligung von 27000 M. komme, die Bürgerschaft Bescheid wisse.

Herr Ordemann: Es sei von einigen Seiten der Zweifel geäußert, ob in dieser Summe von 850 M., welche für Möbel angewendet werden solle, die 400 M. Miethe einbegriffen wären. Er wolle nur konstatiren, daß dies nicht der Fall.

Der Schluß wurde beliebt.

Herr Hoffmann als Referent: Er möchte nur noch einmal bemerken, daß Herr Ordemann sich wegen der 850 M. beruhigen könne. Herr Ordemann meine, 400 M. Miethe wäre niedrig. Das sei nicht niedrig, die Summe aber bedingt durch das Lokal, welches für die Erhebung beschafft werden müsse. Was die 850 M. betreffe, so sei diese Summe durch die Baudeputation geprüft; es müssen auch einige bauliche Veränderungen gemacht werden. Er hoffe, daß die Bürgerschaft die Angelegenheit wegen dieser Bagatelle nicht aufhalten

werde. Im Uebrigen möchte er empfehlen, den Antrag des Herrn Debbe abzulehnen aus dem einfachen Grunde, weil es ein prinzipieller Antrag sei, der nicht hierher gehöre. Er wisse nicht, was der Antrag eigentlich solle. Wir haben die Steuer, und sie müsse erhoben werden. Es sei das einzig Richtige, derartige Fragen bei der Budgetberathung zu erörtern.

Es wurde zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Herrn Ordemann wurde abgelehnt, der Antrag der Deputation auf Bewilligung der 850 M. angenommen, der Antrag des Herrn Debbe auf Niederlegung einer Kommission angenommen, desgleichen der Antrag des Herrn Subbring.

Herr Lonke beantragte,

nunmehr die Sitzung zu schließen.

Die Gründe seien den Herren bekannt.

Herr Präsident: Da die Bürgerschaft den Schluß der Versammlung zu wünschen scheint, so schließe er die Sitzung.

Schluß gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Nach Schluß der Verhandlung richtete Herr Richter Mohr folgende Ansprache an Herrn H. Claussen:

Hochgeehrter Herr Präsident! Die Mitglieder der Bürgerschaft fast alle haben sich in dem Wunsche zusammengefunden, am heutigen Tage, an dem Sie zum 16. Mal das Amt des Präsidenten übernommen haben, Ihnen in förmlicher Weise ihren Dank und ihre Anerkennung auszusprechen. Ich bitte Sie mir zu gestatten, die darüber angenommene Urkunde zu verlesen:

Hochverehrter Herr Präsident!

Fünfundzwanzig Jahre sind verflossen, seitdem Sie durch Ihren Eintritt in die Bürgerschaft den größten Theil Ihrer Zeit und die ganze Fülle Ihrer hervorragenden Fähigkeiten mit seltener Uneigennützigkeit und echtem Bürgerfinn in den Dienst des öffentlichen Wohles gestellt haben.

In den wichtigsten Zweigen der städtischen und der Staatsverwaltung haben Sie jahrelang als bürgerchaftliches Deputationsmitglied eine unermüdete und einflußreiche Thätigkeit entfaltet. Wo immer es galt, durch den freiwilligen Zusammenschluß opferbereiter Männer Aufgaben zu lösen, die außerhalb des Bereiches der staatlichen Wirksamkeit liegen, war es Ihre Arbeitskraft und Ihre Erfahrung, auf die Bremen in erster Reihe zählen durfte. Mit freudiger

Hingebung haben Sie dem nach Einheit strebenden und dem geeinten Vaterlande in Kriegs- und Friedenszeiten jeden Dienst geleistet, den es von Ihnen erheischte.

Aber den größten Anspruch an Ihre Opferwilligkeit erhob doch die Bremische Bürgerschaft, indem Sie Ihnen vor sechzehn Jahren den ehrenvollen, aber auch dornenreichen und mühsamen Posten ihres ersten Vorstehers übertrug und mit seltener Einmütigkeit und stets wachsendem Vertrauen Sie von Jahr zu Jahr in diesem Amte bestätigte.

Wenn nun schon diese stets wiederholte Wahl ein vollgiltiges Zeugniß dafür ablegen kann, in wie hohem Maße der unermüdeten Pflichttreue, der sicheren Geschäftskunde, der gewissenhaften Unparteilichkeit, womit Sie Ihres Amtes pflegen, die uneingeschränkte Anerkennung Ihrer Kollegen zu Theil geworden ist, so macht uns doch der Augenblick, wo Sie in das zweite Vierteljahrhundert Ihrer bürgerchaftlichen Thätigkeit eintreten, zur erwünschten Pflicht, diesen Gefühlen der Verehrung und der Dankbarkeit in besonders feierlicher Weise Ausdruck zu geben.

Möge es Ihnen vergönnt sein, noch viele Jahre zum Besten unserer Vaterstadt die segensreiche Thätigkeit zu üben, durch die Ihr Name seit einem Vierteljahrhundert mit allen wichtigen Ereignissen und allen

erfreulichen Fortschritten unseres Gemeinwesens verknüpft ist, und möge uns die Freude und die Genugthuung beschieden sein, in Ihrer kundigen und wohlwollenden Leitung noch lange Zeit die sichere Gewähr für die sachliche und gedeihliche Lösung der Aufgaben zu finden, die der Bremischen Bürgerschaft gestellt sind.

Bremen, den 6. Januar 1892.

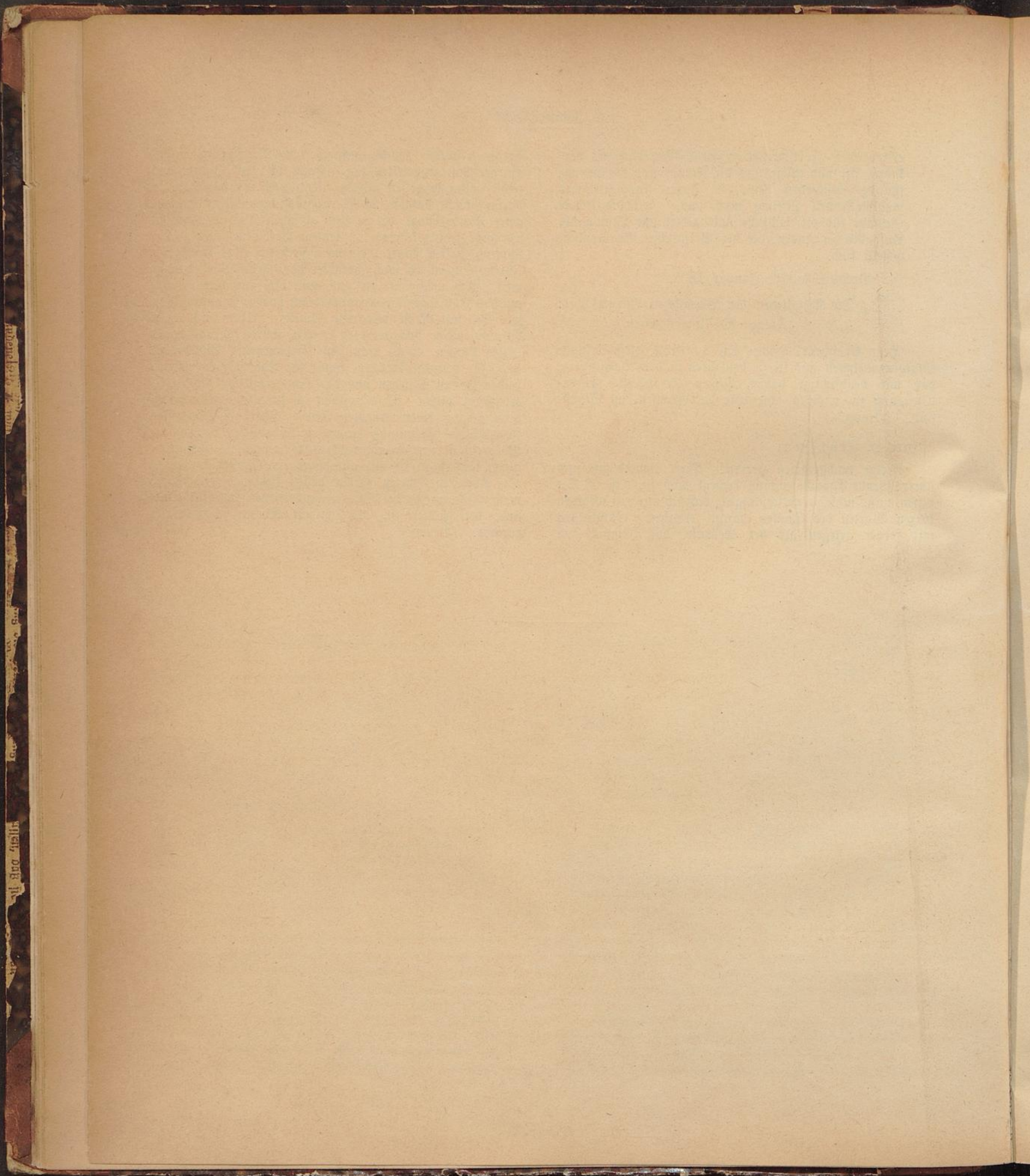
Die Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft:
(Folgen die Unterschriften.)

Herr Präsident! Haben Sie die Güte, diese Urkunde entgegenzunehmen und sie zu bewahren in dem Bewußtsein, daß wir beabsichtigt haben, Ihnen die höchste Ehrenbezeugung zu widmen, die wir zu erweisen im Stande sind. (Bravo!)

Herr H. Claussen:

Meine hochgeehrten Herren! Diese unverdiente und überraschende Ehrenbezeugung bewegt mich so, daß ich Sie bitten muß, mich zu entschuldigen, daß ich nur mit wenigen kurzen Worten des Dankes darauf erwidere. Nichts hat mir ferner gelegen als der Gedanke, daß Jemand sich

daran erinnern könnte, daß ich vor 25 Jahren in die Bürgerschaft eingetreten bin. Habe ich das Datum doch selbst völlig vergessen gehabt. Und noch weniger habe ich daran gedacht, daß dies die Bürgerschaft veranlassen könnte zu einer Kundgebung, die zu den geringen Diensten, die ich ihr habe leisten können, in keinem Verhältniß steht. Die schmeichelhaften Worte, die mein geehrter Herr Kollege in Ihrem Namen an mich gerichtet hat, gehen viel, viel zu weit. Ich weiß nur zu gut, wie viel mir daran fehlt, um das Amt, das Sie mir anvertraut haben, so auszufüllen, wie Sie mit Recht erwarten könnten. Aber auch dieses Wenige, meine hochverehrten Herren, würde ich nicht haben leisten können, wenn nicht Ihr fortdauerndes Wohlwollen und Ihr Entgegenkommen, sowie die Unterstützung meiner beiden Herren Kollegen mir die Schwierigkeiten des Amtes erleichtert hätten. Und so kann ich denn in dieser Kundgebung nur einen erneuten Beweis Ihrer fortdauernden freundlichen Gesinnung gegen mich erblicken. Daß die Bürgerschaft eine so außerordentlich freundliche Gesinnung gegen mich hegt, ist mir allerdings eine große Freude und eine Ehre, die ich in ihrem vollen Umfange zu schätzen weiß. Ich spreche der Bürgerschaft meinen innigsten Dank aus, der größer ist, als ich mit Worten auszudrücken vermag. (Bravo!)



il. Hoo. Helle